

Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

April 1986

Die Gewerkschaften wehren sich „§116 zerstört den sozialen Frieden“

Nun hat sie also ihren Preis an die Wirtschaft bezahlt, die Bonner Wenderegierung. Als Gegenleistung für die Millionen ein Anschlag auf die Rechte der Gewerkschaften! Inszeniert hat das alles Bonns Arbeitgeberminister Norbert Blüm. Er hat seine Sozialausschüsse in die Kapitulation geführt, und sie haben sich dafür auch noch bei ihm bedankt. Der Kampf gegen das Knebelgesetz jedoch wird unvermindert weitergehen!

Allen Bedenken und Warnungen zum Trotz haben Union und FDP am 20. März im Bundestag die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz beschlossen. Am 18. April muß nun der Bundesrat über den Streikparagrafen beschließen. Bei dieser Sitzung wird Johannes Rau noch einmal

ten. Wie es Anke Fuchs in der Debatte formulierte: Norbert Blüm ist als Hauptverursacher des Gesetzeswerkes der Zerstörer des sozialen Friedens in diesem Land. Anke Fuchs: "Dieser Tag wird in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen als der Tag, an dem die arbeitnehmerfeindliche



Arbeitnehmer gehen auf die Straße. Sie wehren sich gegen den Anschlag auf ihre Gewerkschaften.

die sozialdemokratischen Positionen zum Streikparagrafen deutlich machen, auch auf der Grundlage des Rechtsgutachtens von Professor Benda, das dieser im Auftrag der Landesregierung erarbeitet hat. Die Landesregierung prüft zur Zeit, welche rechtlichen Schritte gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz eingeleitet werden sollen.

Der 20. März, der Tag der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag, war ein schwarzer Tag für Arbeitnehmer und Gewerkschaft-

Kohl-Regierung ihren Höhepunkt erreicht hat," die Regierung brauche sich über den Widerstand der Arbeitnehmer nicht zu wundern: "Wer Wind sät, erntet Sturm."

Viele Menschen haben gespürt, daß die Bundesregierung wichtige soziale Errungenschaften demonstriert und einseitig Arbeitgeberinteressen vertritt. Deshalb hat sie jetzt, sogar trotz verfassungsrechtlicher Bedenken zahlreicher Experten und fast einhelliger Ablehnung des Neutrali-



Übrigens:

Ist unser Kanzler noch bei Verstand?

Was ist nur mit dem Kanzler los?! Das fragen sich viele Bürger, seit sie hörten, daß die Koblenzer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage eingeleitet hat.

Mit einem klaren "Nein" hatte der Kanzler vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtags auf die Frage geantwortet, ob er davon gewußt habe, daß die Staatsbürgerliche Vereinigung in Koblenz "als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage" gedient hat.

Heiner Geißler kam seinem Chef zu Hilfe. Der Kanzler habe möglicherweise einen "Blackout" erlitten, verkündete er einem staunenden Millionenpublikum vor den Fernsehschirmen. Vielleicht hatte der CDU-General daran gedacht, daß Bundesinnenminister Zimmermann vor vielen Jahren im Zustand des "hypoglykämischen Schocks" die Unwahrheit sagte und daraufhin - selbstverständlich zu unrecht - "Old Schwurhand" genannt wurde.

Vielleicht, so mag Geißler gedacht haben, war die Behauptung Kohls die Folge einer "Unterzuckerung"?

Ein Pudding mehr am Morgen, und der Kanzler ist wieder klar bei Verstand?

Da eröffnen sich ja völlig neue Perspektiven der Parteienfinanzierung: von nun an können einige Firmen ihre Spenden in Naturalien bei der CDU abliefern!

tatsausschusses, das Gesetzesvorhaben so übereilt durchgepeitscht. Die Koalition hat es nicht verwunden, daß die Gewerkschaften mit Streiks Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt haben. Deshalb hatte sie "Rache geschworen" und mit der Änderung des Streikrechts in die Tat umgesetzt.

Trotz aller scheinheiligen Beteuerungen aus dem Regierungslager steht fest: Der Beschluß vom 20. März ändert geltendes Recht zu Ungunsten der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften werden in ihrer Streikfähigkeit entscheidend geschwächt. Da nützen auch die neuen Wortblasen des Kanzlers nichts, der sich erdreistete, ausgerechnet in dieser bitteren Stunde für alle Arbeitnehmer, Norbert Blüm den "erfolgreichsten Arbeitsminister in der Geschichte der Bundesrepublik" zu schimpfen. Für die FDP und die Arbeitgeber ist Blüm das sicherlich.

So wie er hat noch kein Arbeitsminister vor ihm die Rechte der Gewerkschaften beschnitten.

BITTERER ZYNISMUS

Die Arbeitnehmer und ihre Familien können es nur als bitteren Zynismus werten, wenn Kanzler Kohl in der Bundestagsdebatte die Tarifautonomie als "Gütesiegel freier Demokratie" bezeichnete. Hans-Jochen Vogel sagte es in der Debatte klar und deutlich: Kohl und Blüm haben den schwersten Sozialkonflikt seit 1949 entfesselt und die Gewerkschaften ohne Not herausgefordert.

Das Ziel der Regierung ist es, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu verändern. Das durch den Bundestag gepeitschte Gesetz spricht einer geordneten parlamentarischen Beratung Hohn. Bei diesem gesetzgeberischen Gewaltakt ist nicht nur der parlamentarische Stil, sondern auch die Verfassung auf der Strecke geblieben.



Alle Begründungen, die die Koalition vorgebracht hat, sind nach den Worten von Hans-Jochen Vogel "weggeschmolzen wie Schnee in der Sonne". Mit dem Gesetz wird weder die Chancengleichheit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hergestellt noch Rechtssicherheit geschaffen. Nicht Sachgründe haben die Koalition zu diesem Vorgehen veranlaßt, sondern ein schlechtes Gewissen und die Angst, bei den nächsten Wahlen von den Bürgerinnen und Bürgern dafür die Quittung zu bekommen.

SOZIALAUSSCHUSSE ABGESPEIST-

Die Sozialausschüsse der CDU haben trotz aller vollmundigen Absichtserklärungen vor der Mehrheit ihrer Partei kapituliert und sich mit bedeutungslosen Änderungen abspesen lassen. Damit hat die Union endgültig den Anspruch aufgegeben, eine Arbeitnehmer- und Volkspartei zu sein. Sie macht Politik für Minderheiten auf dem Rücken der Schwachen in unserer Gesellschaft.

DER STURM WIRD SICH NICHT LEGEN

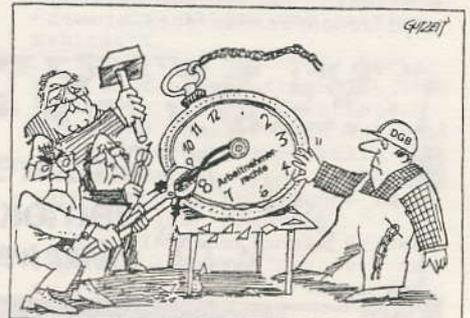
Die Bundesregierung täuscht sich jedoch, wenn sie glaubt, mit der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag sei die Entscheidung gefallen und sie könne nach dieser Kriegserklärung an die Gewerkschaften jetzt in Ruhe zur Tagesordnung übergehen. Hans-Jochen Vogel: "Der Sturm wird sich nicht legen. Er wird Ihnen weiter ins Gesicht blasen."

Die SPD wird mit allen zulässigen Mitteln dafür kämpfen, daß dieses Gesetz wieder aufgehoben wird. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird es innerhalb von 100 Tagen rückgängig machen und den alten Rechtszustand wiederherstellen. Wer sich bei den anstehenden Wahlen für die Koalition entscheidet, ist mitverantwortlich dafür, wenn diesem Anschlag gegen die Rechte der Arbeitnehmer weitere folgen.

Endenicher SPD ehrt Mitglieder



Nicht vielen Mitmenschen ist es vergönnt, auf eine 60jährige Mitgliedschaft in einer politischen Partei zurückblicken zu können. Leokadia Ruibar aus der Weststadt kann dies. Zur vorgesehenen Ehrung konnte sie wegen einer Grippe leider nicht erscheinen. Die rüstige 81jährige will demnächst den Genossen über ihre Erfahrungen berichten. Drei weiteren Mitgliedern der Endenicher SPD konnte Ortsvereinsvorsitzender Helmut Krüll zu ihrem Jubiläum gratulieren: Maria Anders, Dr. Erhart Paul und der Stadtverordnete Dieter Witte gehören der SPD seit 25 Jahren an. Zur silbernen Nadel und der Urkunde erhielten die Jubilare einen Bildband, den der Bonner Bundestagsabgeordnete Horst Ehmke gestiftet hatte.



Bonns Uhren gehen anders

50 000 neue Mitglieder bei der SPD - die CDU schrumpft

SPD 'rauf - CDU 'runter. Auf diese Formel läßt sich die gegenwärtige Entwicklung der Mitgliederzahlen der beiden Parteien bringen.

Während die SPD kräftig zulegen - sie gewann 1985 rund 50.000 neue Mitglieder - geht die Zahl der Unionsmitglieder stetig zurück. Allein 1985 schrumpfte die CDU um rund 12.000 Mitglieder.

CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski erklärt den anhaltenden Mitgliederschwund mit einer "gewissen Überalterung der Mitgliedschaft". Im Klartext heißt das ja wohl: der CDU laufen die Jungen davon!

Schleichverkehr soll der Garaus gemacht werden

SPD-Ratsherren fordern Beruhigung des Verkehrs in Eendenich

Es gibt noch sehr viel zu tun in Eendenich! Besonders was die Verkehrssituation angeht, gibt es noch viel zu verbessern, Die SPD hat dazu in der Vergangenheit schon viele Vorschläge unterbreitet. Jetzt haben die Stadtverordneten Horst Bachmann und Dieter Witte erneute Aktivitäten in den Ratsgremien angekündigt.



Soll von Durchgangs-Schleichverkehr entlastet werden: die Frongasse in Eendenich.

Foto: Homey

Tagespflegeheim will Brücke sein

Sie haben einen längeren Krankenhausaufenthalt hinter sich, brauchen aber noch häusliche Pflege - oder Sie waren längere Zeit bettlägerig, können nun wieder aufstehen, aber sind noch nicht ganz gesund. Viele ältere Menschen erleben diese Situation, haben aber nicht immer die Möglichkeit, bei Angehörigen eine solche Zeit zu überbrücken.

"Brücke" sein kann in einem solchen Fall das seit zwei Jahren bestehende Tagespflegeheim der Stadt Bonn in der Breitestraße 109. "Brücke zwischen der organisierten und kontrollierten Obhut z.B. im Krankenhaus und der Entlassung in die Selbstständigkeit daheim", wie es in einer Informationsschrift über das Tagespflegeheim heißt.

Das Haus ist von 8 - 16 Uhr geöffnet. Die Patienten werden abgeholt und wieder nach Hause gebracht. Die Behandlung umfaßt die Versorgung mit Medikamenten, die Ausführung ärztlicher Verordnungen wie z.B. Massage oder auch Rehabilitationsmaßnahmen wie Bewegungstherapie, Gehschule Ergotherapie. Dazu gehört natürlich auch das Angebot aller pflegerischen Dienste einschließlich der Hilfe zur Körperpflege.

Und damit die Entspannung nicht zu kurz kommt, werden im - übrigens behinderten- und rollstuhlgerecht ausgestatteten - Heim auch Spielnachmittage, Film- und Diavorführungen, Wunschkonzerte u. ä. veranstaltet.

Falls Sie oder ein Angehöriger/eine Angehörige diese Dienste in Anspruch nehmen möchte, rufen Sie bitte unter 772848 im Tagespflegeheim an. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind gerne bereit, Ihnen weitere und detailliertere Auskünfte zu geben.

Immer mehr Gesamtschulen

Die Zahl der Gesamtschulen steigt weiter an. Obwohl Schüler in der Sekundarstufe I knapp werden und viele konservative Kommunalpolitiker die Gesamtschule trotz der eindeutigen Rechtslage verbissen bekämpfen, nehmen im Schuljahr 1986/87 mehr als ein Dutzend neuer Gesamtschulen den Unterricht auf, so daß deren Zahl auf ca. 80 steigt.

Wie viele Schulen es genau sind, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, weil ein Teil der Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Schon jetzt aber steht fest, daß Eltern in den folgenden Städten erstmalig die Möglichkeit haben, ihre Kinder in der neuen Schulform anzumelden: Aachen, Bottrop, Detmold, Hamm, Krefeld, Minden, Mönchengladbach, Remscheid und Unna. Damit haben alle kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen zumindest eine Gesamtschule, die Stadt Münster allerdings lediglich eine in privater Trägerschaft.

Die Straßen im Ortskern von Eendenich müssen dringend verkehrsberuhigt werden. Der zunehmende Durchgangsverkehr ist zu reduzieren. Dem Individualverkehr sind im Interesse der Anwohner durchaus längere Wege über Straßen zuzumuten, die nicht durch Wohngebiete führen.

Für die Straßen Frongasse, Pastoratgasse, Eendenicher Straße, Röckumstraße und Burggraben ist ein Tempolimit von 30 km/h einzuführen. Diesem Gebot ist durch entsprechende Straßenbaumaßnahmen (Schwellen, Hindernisse) Nachdruck zu verleihen. Die Eendenicher Straße ist in dem Abschnitt von der Pastoratgasse bis zur Frongasse mit Ausnahme des Öffentlichen Nahverkehrs für den Durchgangsverkehr zu sperren, damit sie ihrer Funktion als Einkaufsstraße gerecht wird. Anliegerverkehr (auch für die Kunden zum Einkaufen) muß weiter gestattet sein.

Nach Schaffung ausreichender Parkmöglichkeiten soll dieser Straßenabschnitt später zur Fußgängerzone, also zu einer reinen Einkaufsstraße umgeändert werden.

Die Eendenicher Nordumgehung, die von jeder Wohnbebauung frei ist, soll durch verkehrslenkende Maßnahmen zur Entlastung der innerörtlichen Straßen noch mehr genutzt werden.

Die SPD schlägt zur Verkehrsberuhigung außerdem den Umbau der Kreuzungen Hainstraße/Euskirchener Straße/Eendenicher

Straße/Erich-Hoffmann-Straße und Frongasse/Hügel/Wandersleb-Ring/Eendenicher Straße vor.

In die für den Umbau notwendigen Baumaßnahmen könnte die Wiederherstellung historischer Anlagen im Stadtteil Eendenich mit einbezogen werden. An der erstgenannten Kreuzung sollte im Bereich der Straßenmitte ein Rondell geschaffen werden, in dessen Mitte ein Brunnen seinen Platz finden würde. Ein historisches Vorbild dafür gab es.

Auf der nördlichen Freifläche der Kreuzung Hügel/Frongasse ist nach Gestaltung des Platzes die früher dort vorhandene Pumpe wieder aufzustellen.

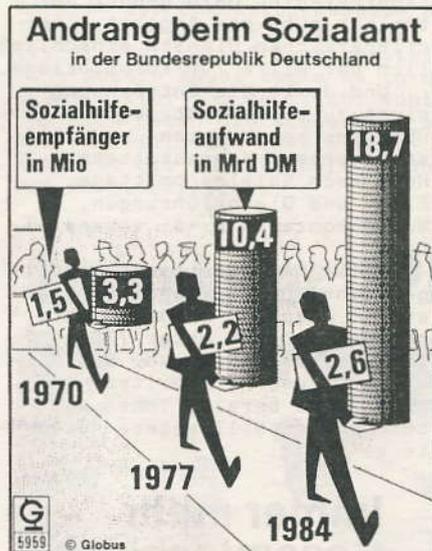
Die Pastoratgasse soll auf der westlichen Seite einen Gehweg erhalten. Auch diese Maßnahme kann dazu beitragen, daß der Individualverkehr verlangsamt wird.

Im Zusammenhang mit Überlegungen, das Eendenicher Ei wieder an die A 565 in Richtung Meckenheim anzuschließen, muß sichergestellt werden, daß durch geeignete Umbaumaßnahmen die bestehende Anbindung in Richtung Reuterstraße erhalten bleibt. Im anderen Falle wäre zu befürchten, daß der Individualverkehr Richtung Süden sich über Schleichwege durch die Wohngebiete von Eendenich und Poppelsdorf seinen Weg sucht.

In Duisburg, Essen, Hagen, Mülheim/Ruhr und Wuppertal kommt 1986 zu den bestehenden Gesamtschulen eine weitere dazu. Der Bedarf ist damit allerdings noch nicht abgedeckt. Beispielsweise müssen in Wuppertal rund 250, in Essen etwa 200 Kinder aus Platzgründen abgewiesen werden. Und in vielen kreisangehörigen Gemeinden haben die Eltern nach wie vor keine Möglichkeit, sich frei zwischen den vier Schulformen der Sekundarstufe I zu entscheiden.

Ein Teil der Schulträger bemüht sich nach Kräften, den Eltern diese Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten vorzuenthalten. Unrühmlich hervorgeraten hat sich dabei die Bundeshauptstadt, die zwar auf dem rechten Rheinufer eine gut funktionierende Gesamtschule unterhält, sich gegen eine zweite Gesamtschule für die linksrheinischen Stadtteile aber mit allen möglichen Tricks wehrt.

Zunächst weigerte sich die Ratsmehrheit beharrlich, eine Elternbefragung durchzuführen. Erst eine Bürgerinitiative zwang sie dazu. Obwohl die Stadt die Befragung dann behinderte, so gut sie nur konnte - beispiels-



weise verteilte sie mit den offiziellen Unterlagen Schriften des erzkonservativen Elternvereins -, bestätigte die Befragung den Bedarf für eine weitere Gesamtschule.

Aber Bonn blieb stur. Die Stadt weigerte sich nunmehr, ihren Rechtsverpflichtungen nachzukommen und einen endgültigen Standort für die Gesamtschule zu benennen. Statt dessen legte sie nur einen vorläufigen Standort an der äußersten Peripherie in Röttgen fest - offenbar in der Hoffnung, auf diese Weise die Gesamtschule verhindern zu können.

Wiederum ging die Rechnung der Stadt nicht auf. Es meldeten sich genügend Eltern selbst unter diesen Bedingungen. Jetzt versucht die Stadt, alle Anmeldungen aus dem Rhein-Sieg-Kreis auszusondern, weil man angeblich nicht verpflichtet sei, Kinder von außerhalb in Bonner Schulen zu unterrichten.



Pi
Noch 'n Enkel

waz-Zeichnung: Klaus Pielert

Das Beispiel zeigt, daß es in Nordrhein-Westfalen Politiker gibt, die sich zwar vollmundig zum Elternrecht bekennen, in der Praxis aber alles tun, um das Elternrecht zu vereiteln, wenn es um die Gesamtschule geht.

Inzwischen scheint die CDU und ihre Verwaltung in Bonn überzogen zu haben. Der Kölner Regierungspräsident ist entschlossen, den Machenschaften dieser Politiker ein Ende zu setzen: er hat der Stadt ein Ultimatum für die Benennung eines endgültigen Standortes und den Errichtungsbeschuß für die zweite Gesamtschule gesetzt. Sollte sich die Stadt weiterhin ihren gesetzlichen Verpflichtungen entziehen, wird der Regierungspräsident im Rahmen seiner Kommunalaufsicht dies im Wege der Ersatzvornahme tun.

Der Inhalt des neuen § 116 AFG

Vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Arbeitnehmer derselben Branche in einem anderen Tarifgebiet werden kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld mehr erhalten, wenn für sie „eine Forderung erhoben worden ist, die eine Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang gleich ist, ohne übereinstimmen zu müssen, und das Arbeitskampfergebnis aller Voraussetzung nach“ für sie im wesentlichen übernommen wird. Eine Forderung gilt als erhoben, „wenn sie von der zur Entscheidung stehenden berufenen Stelle beschlossen ist, oder aufgrund des Verhaltens der Tarifvertragsparteien im Zusammenhang mit dem angestrebten Beschluß des Tarifvertrages als beschlossen anzusehen ist.“

In Streitfällen soll ein Neutralitätsausschuß mit je drei Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Vorsitz des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg entscheiden. Gegen seinen Beschluß kann das Bundessozialgericht in erster und letzter Instanz angerufen werden. ●

Internationaler Frauentag

Am 8. März 1911 begingen die "sozialistischen Frauen aller Länder" zum erstenmal gemeinsam den "Internationalen Frauentag". Jährlich sollte nun an diesem Tag ganz besonders auf die Situation und die Interessen der Frauen aufmerksam gemacht werden nach dem Motto: Da die Frauen die gleichen Pflichten wie die Männer haben, fordern sie auch die gleichen Rechte in Familie, Arbeitswelt, Staat und Gesellschaft.

Den 8. März wählten die Frauen als ihr Datum zur Erinnerung an einen Streik von New Yorker Textilarbeiterinnen im Jahre 1856; womit sie gleichzeitig auf den schon fast ein Jahrhundert währenden Kampf der Frauen um Gleichbehandlung und Gleichberechtigung hinwiesen.

Im Deutschen Reich sah es im Jahre 1911 für die Frauen noch besonders schwarz aus. Während in Finnland, Rußland, Schweden und anderswo die Frauen bereits in den Parlamenten saßen, kämpften deutsche Frauen - unterstützt durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - noch um das allgemeine Wahlrecht für Frauen.

Mit der Weimarer Verfassung für eine parlamentarisch-demokratische Republik von 1919 erhielten dann auch die deutschen Frauen das aktive und passive Wahlrecht.

Inzwischen haben die Frauen auch in der Bundesrepublik ihre Plätze in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft erkämpft und erarbeitet. Ihre volle Gleichbehandlung und Gleichberechtigung steht dennoch auch im Jahre 1986 noch aus.

Der "Internationale Frauentag" hat also vor wie nach seiner Berechtigung und Notwendigkeit.



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156